

Stuttgart 21 und die K 3575neu

Baden-Württemberger können alles...außer mitentscheiden

Baden-Württemberg hat nach Ansicht des Vereins "Mehr Demokratie" den Anschluss in Sachen Volksbegehren verloren. Im Volksentscheid-Ranking 2010 fiel der Südwesten mit einer Durchschnittsnote von 4,9 (mangelhaft) auf den vorletzten Platz vor dem Saarland zurück, teilte die Initiative mit.

<http://www.mehr-demokratie.de/>

Die Schlichtung zu Stuttgart21 ist ein Erfolg für die Demokratie und eine Niederlage für viele politische Dickköpfe im Land.

Die öffentlich zur Schau gestellten Argumentationsschwächen der Befürworter sind eine Aufforderung der Gegner weiterhin eine Abstimmung der Bürgerschaft über dieses Milliarden-Projekt zu fordern. Deshalb wird es weitere Demonstrationen geben.

S21 zeigt, dass bei Großprojekten mehr für die Legitimation und Transparenz getan werden muss. Die Öffentlichkeit braucht Klarheit über Planungsziele und Alternativen. Der umfassende Dialog mit den Betroffenen und der Öffentlichkeit – zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten – muss viel früher erfolgen als bisher. Dies gilt auch für in der Bevölkerung höchst umstrittene Straßenbauprojekte für der Bau der Schnellstraße K3575neu Bad Schönborn. **„Ich habe aus den Schlichtungsverhandlungen zu Stuttgart 21 viel dazu gelernt“, sagte Stefan Mappus unlängst. Was haben aber unsere Kommunalpolitiker und die Verantwortlichen in Karlsruhe daraus für Lehren gezogen?**

Frage: Protestieren die Bevölkerung und die Umweltverbände erst seit 2010 gegen Stuttgart 21?

Ein 8-gleisiger unterirdischer Durchgangsbahnhof soll den 16-gleisigen Kopfbahnhof ersetzen. Nicht erst seit 2010 sondern seit 15 Jahren protestieren die Bürgerschaft und die Umweltverbände gegen die Planung. Im Jahre 1994 wurde von Ihnen das Gegenkonzept, der „Kopfbahnhof 21“ entworfen. Im Jahre 1996 konnte die Stuttgarter CDU ihren Kandidaten bei der Oberbürgermeisterwahl nur mit knapper Mehrheit gegen den Grünen Rezzo Schlauch durchsetzen. Ab 2002 wurden viele fachliche Stellungnahmen zum Planfeststellungsverfahren abgegeben, die allesamt abgewiesen wurden. Ohne Konsequenzen blieben auch die Proteste gegen die Zweckentfremdung von Nahverkehrsgeldern zugunsten des Mammutprojektes Stuttgart 21. Im Jahre 2008 wurde bekannt, dass der Bau keine 3,1 Mrd. sondern mind. 6,9 Mrd. kosten wird. Im gleichen Jahr wurde ein von 62.000 Bürgern geforderter Bürgerentscheid von den Behörden abgelehnt. Wegen der explodierenden Kosten entbehren frühere Entscheidungen für S 21 jeder Grundlage. Bei der Kommunalwahl 2009 erlitt die CDU historische Verluste rund um Stuttgart.

Frage: Warum beteiligen sich so viele ältere Leute aus der Bürgerschaft an den Demonstrationen?

Dies liegt zum Beispiel an der Anteilnahme der älteren Bevölkerungskreise für den historischen Bahnhof und die alten Bäume im Schlosspark! Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Eine ältere Frau berichtet, dass es in den Notzeiten des 2. Weltkrieges niemand gewagt hätte, die Bäume im Park zu fällen und zu Brennholz zu verarbeiten. Heute werden diese Bäume gegen den Willen der Bevölkerung gerodet!

Am 1. Oktober 2010 wurden die ersten 25 Bäume ohne die notwendige Ausnahmegenehmigung durch das Regierungspräsidium gefällt. Dafür bekamen Demonstranten, darunter zahlreiche ältere Bürgerinnen und Bürger sowie Jugendliche, die geballte Staatsgewalt mit Pfefferspray und Wasserwerfern zu spüren.

Von Oktober 2010 bis in den Dezember dauerte eine Sach- und Faktenschlichtung zwischen Befürwortern und Gegnern, geleitet von Heiner Geißler.
www.kopfbahnhof21.de

Der historische Haupt-Bahnhof Stuttgart

Mit Abbrucharbeiten am Nordflügel hat im August der Teilabriss des Stuttgarter Hauptbahnhofs begonnen. Die Zerstörung charakteristischer Bauteile des Bahnhofgebäudes, das Paul Bonatz 1914-28 als eine Art Eingangstor in die Stadt errichtet hatte, ist Teil des milliardenschweren und in der Bevölkerung stark umstrittenen Verkehrsprojekts. Der Enkel des Architekten, Peter Dübbers, wollte zuvor die Erhaltung des Baus durch eine Urheberrechtsklage durchsetzen. Sie wurde jedoch vor Gericht in erster Instanz abgewiesen. Im Planfeststellungsverfahren haben die bedeutendsten Personen des Deutschen Denkmalschutzes, Prof. Dr. G. Kiesow und Prof. M. Braum vergeblich Widerspruch bei der Deutschen Bahn AG eingelegt. Stuttgart 21 hätte sich problemlos auch mit der Erhaltung des im Volke beliebten Bahnhofgebäudes realisieren lassen. Keine Chance! Prof. Braum sprach von einem baukulturellen Skandal. Die Fragmentierung des Bonatz-Baus stellt einen Affront sowohl gegen den Denkmalschutz als auch den Willen der Bevölkerung dar. Die Menschen bringen ihren Widerstand gegen die Baupläne seit Jahren durch unterschiedliche Aktionen zum Ausdruck. Keine Chance! Selbst wenn Peter Dübbers in zweiter Instanz Recht bekommt, ist die fortgeschrittene Zerstörung des Bahnhofs nicht rückgängig zu machen. Wo bleibt der Rechtsstaat? Umso bedauerlicher, denn wo Bürgerinnen und Bürger die Baukultur als Teil ihrer Identität begreifen und für ihre Rettung kämpfen, wurden gerade in jüngster Zeit auch Erfolge gefeiert. Denn Initiativen aus der Bevölkerung ist es zu verdanken, dass in diesem Jahr der Abriss der Bonner Beethovenhalle und des Kölner Schauspielhauses, zweier wichtiger Baudenkmale der Nachkriegszeit, abgewendet werden konnte.

Die fehlende demokratische Legitimität und diktatorische Salamiaktik

Es macht betroffen und ärgerlich, dass diejenigen als undemokratisch bezeichnet werden, die Beschlüsse und Verträge hinterfragen, die eindeutig unter jeweils anderen – also heute falschen – Geschäftsgrundlagen zustande gekommen sind. Solche Verträge werden in unserer Gesellschaft – und zwar in der Wirtschaft ebenso wie in der Politik – auf ihre Verbindlichkeit überprüft, wenn erhebliche Fehler aufgedeckt werden, insbesondere wenn zwischen Vertragsabschluss und Vertragserfüllung Jahre liegen. Bei Stuttgart 21 sind solche erheblichen Fehler vorhanden, nehmen wir nur die exorbitanten Kostensteigerungen für den Tiefbahnhof und auch die Bahnstrecke nach Ulm! Übrigens: Dass geschlossene Verträge, ja Gesetze geändert werden können, beweist die Bundesregierung soeben mit Ihren Atom-Plänen. Nachdenken sollten die Betreiber des Projekts, die sich selbst im Recht glauben (und die Gegner im Unrecht sehen!), auch darüber, ob es demokratischen und haushälterischen Regeln entspricht, mit dem Bau eines solchen Milliardenprojektes zu beginnen, obwohl noch gar nicht alle Planfeststellungsbeschlüsse vorliegen. Bei einer solchen Salami-Bauweise werden die Planfeststellungsbehörden einem enormen politischen Druck ausgesetzt, in jedem Fall die noch unerledigten Planfeststellungsverfahren für die Betreiber erfolgreich und in der von diesen beantragten Weise zu Ende zu führen. Eine Verweigerung eines Planfeststellungsbeschlusses oder erhebliche Änderungen der Planungen zum Beispiel für einen (heute noch nicht genehmigten!) Teil der Strecke Stuttgart – Ulm ist somit faktisch ausgeschlossen. Die Frage nach der demokratischen Legitimität solchen Vorgehens sollten wir alle – unabhängig wie wir zu Stuttgart 21 stehen – als Demokraten überdenken!